

12-05-08 PM GESAMTVERBAND

30. Mai 2012



Paritätische Studie belegt Kahlschlag bei Förderangeboten für Langzeitarbeitslose

Eine aktuelle Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Situation von Beschäftigungsinitiativen belegt dramatische Entwicklungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose. Der Verband warnt vor dem schleichenden Tod der öffentlich geförderten Beschäftigung und fordert eine sofortige arbeitsmarktpolitische Kehrtwende.

Nach der repräsentativen Umfrage des Verbandes haben bisher nur 20 Prozent der Träger von Beschäftigungsinitiativen die drastischen Kürzungen seit 2010 ohne Einschränkungen erstanden, mehr als ein Fünftel dagegen hat die Arbeit in der Integration von Langzeitarbeitslosen bereits einstellen müssen, vier Prozent mussten Insolvenz anmelden. Was wir hier erleben, ist Arbeitsmarktpolitik mit der Abrissbirne und der Beginn eines dramatischen Trägersterbens. Es ist der unwiederbringliche Verlust eines über Jahrzehnte aufgebauten Knowhows, was die Integration von Langzeitarbeitslosen angeht. Der Weg in die Zwei-Klassen-Arbeitsmarktpolitik wird mit diesem infrastrukturellen Kahlschlag kurzfristig kaum noch korrigierbar, warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Der Verband kritisiert die einseitige Fokussierung auf die schnelle Vermittlung gut Qualifizierter und schnell Vermittelbarer. Opfer des aktuellen arbeitsmarktpolitischen Kurses der Bundesregierung seien letztlich die 400.000 Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren, darunter viele Menschen ohne Ausbildung, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, ältere Arbeitslose oder ohnehin benachteiligte Jugendliche, die staatlicherseits schlicht abgeschrieben würden. In den vergangenen zwei Jahren seien die öffentlichen Beschäftigungsangebote von 340.000 auf gerade noch 155.000 um über die Hälfte reduziert worden, so der Verband. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist auf gerade noch 42.000 zusammengeschrumpft. Mit der neu in Kraft getretenen sogenannten Instrumentenreform werde die Situation noch einmal verschärft.

Der Paritätische fordert einen gezielten Ausbau öffentlich geförderter, dauerhafter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Da wo der reguläre Arbeitsmarkt verschlossen bleibt, muss der Staat neue Perspektiven eröffnen. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung hunderttausende Langzeitarbeitslose als hoffnungslose Fälle abschreibt und alle Unterstützungsbemühungen aufgibt, so Schneider.

Der Paritätische vertritt ein Fünftel der bundesweit rund 1000 bestehenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen.

Die aktuelle [Studie "Längsschnitturnfrage zu den Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik 2010-2012: Starke Einbußen für Langzeitarbeitslose und Einrichtungen"](#) (Dr. Rudolf Martens/ Tina Hofmann) sowie ein [Statement von Dr. Ulrich Schneider](#) anlässlich der heutigen Präsentation in Berlin finden Sie auf der Website des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes.

Weitere Informationen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)